

---

**Vorsitz: Litauen****720. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 5. Juni 2013

Beginn: 10.05 Uhr

Schluss: 11.35 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter G. Čekuolis

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG

*Vortrag zur Nordic Battle Group und zum EU-Battlegroup-Konzept durch Brigadegeneral S. Andersson, Schwedische Streitkräfte: Vorsitz, Brigadegeneral S. Andersson (FSC.DEL/94/13/Rev.1 OSCE+), Irland – Europäische Union (mit dem Beitrittsland Kroatien; den Bewerberländern ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro und Serbien; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien und Bosnien und Herzegowina; dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Liechtenstein; sowie mit Georgien und Moldau) (FSC.DEL/96/13), Norwegen (Anhang 1), Vereinigtes Königreich, Irland, Russische Föderation, Vereinigte Staaten von Amerika, Belgien, Spanien*

Punkt 2 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

(a) *Unterzeichnung des Waffenhandelsvertrags am 3. Juni 2013: Irland – Europäische Union (mit dem Beitrittsland Kroatien; den Bewerberländern ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro und Serbien; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien und Bosnien und Herzegowina; dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Liechtenstein; sowie mit Georgien, Moldau und San Marino) (FSC.DEL/97/13), Vereinigtes Königreich (Anhang 2), Deutschland (Anhang 3), Norwegen (Anhang 4), Türkei, Spanien (Anhang 5), Frankreich, Rumänien (Anhang 6), Russische Föderation*

- (b) *Aktuelle Aktivitäten der russischen Streitkräfte: Russische Föderation*  
(Anhang 7)

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Politisches Treffen auf hoher Ebene zum 10. Jahrestag der Proliferation Security Initiative (PSI) am 28. Mai 2013 in Warschau: Polen*  
(SEC.DEL/146/13)
- (b) *Einladung zur Happy Hour der MAOSCE (Militärberater der OSZE) am 5. Juni 2013: Spanien*
- (c) *Protokollarische Angelegenheiten: Vorsitz*

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 12. Juni 2013, 10.00 Uhr im Neuen Saal

---

**720. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 726, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION NORWEGENS**

Herr Vorsitzender,

Norwegen möchte dem litauischen FSK-Vorsitz für die Durchführung dieses Sicherheitsdialogs über die *Nordic Battle Group* und des EU-Battlegroup-Konzept danken.

Wir möchten auch Brigadegeneral Stefan J. Andersson für seinen interessanten Vortrag und seine wertvollen Ausführungen danken. Da Norwegen regelmäßig an der *Nordic Battle Group* teilnimmt, möchte ich ihnen auch einige Gedanken aus norwegischer Sicht darlegen.

Hinter unserer Unterstützung der EU-Battlegroup und insbesondere der *Nordic Battle Group* stehen im Wesentlichen drei Überlegungen. Erstens handelt es sich dabei um einen konkreten Schritt im Rahmen der Beteiligung Norwegens an der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und der europäischen Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit ganz allgemein. Zweitens ist es ein Instrument zur Stärkung der Fähigkeit der Vereinten Nationen zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung. Und drittens war und ist es nach wie vor ein wichtiger Teil der nordischen Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit.

Die nordischen Länder verbindet eine gemeinsame Geschichte, Sprache und Kultur. Wir haben auch eine lange Tradition der Zusammenarbeit und erfolgreichen innernordischen Kooperation im politischen und militärischen Bereich. Darüber hinaus haben die nordischen Länder die Vereinten Nationen schon immer nachhaltig unterstützt und blicken auf eine lange Tradition der Unterstützung von UN-Einsätzen durch die Entsendung von Truppen zurück.

Diese Beiträge sind der Beweis einer weitreichenden Zusammenarbeit auf militärischer Ebene, ungeachtet nationaler außen- und sicherheitspolitischer Unterschiede. Obwohl es keine direkte Verbindung zwischen diesen Bemühungen und der *Nordic Battle Group* gibt, bilden diese Überlegungen den Hintergrund für unser Interesse und unsere Motivation, zum EU-Battlegroup-Konzept beizutragen.

Der beste Weg, um den heutigen Herausforderungen für Frieden und Sicherheit zu begegnen, geht über Zusammenarbeit. Durch intensive und umfassende Zusammenarbeit

werden wir mit größeren, schlagkräftigeren und durchhaltefähigeren Einheiten zu den internationalen Friedens- und Sicherheitsbemühungen im Rahmen von EU, NATO und Einsätzen unter UN-Führung beitragen können. Die *Nordic Battle Group* ist ein gemeinsamer und kostenwirksamer Beitrag zu internationalen Friedens- und Sicherheitsbemühungen.

Wir sind aber auch NATO-Mitglied, und so werden sich unsere Verpflichtungen in Bezug auf die NATO-Reaktionskräfte (NRF) immer auf unsere Fähigkeit zur Bereitstellung von Kräften auswirken. Da die NATO beabsichtigt, im Rahmen der Strategie „NATO-Streitkräfte 2020“ und der Initiative „Streitkräfte im Verbund“ die NRF auszubauen, wird das auch Folgen für die Fähigkeit der NATO-Mitgliedstaaten haben, in Zukunft Streitkräfte für die EU-Battlegroup abzustellen. In Zukunft müssten die Länder, die sich an beiden Streitkräften beteiligen, schon in einer Frühphase des Planungsprozesses aktiver werden, um Konflikte bezüglich ihrer Teilnahme zu vermeiden.

Insbesondere für die Nordische Dimension erfüllte die Zusammenarbeit im Rahmen der NBG seit ihren Anfängen 2004/2005 eine wichtige Funktion mit Blick auf eine verstärkte Kooperation. Aufgrund des bisherigen Nichteinsatzes der EU-Battlegroup und der immer intensiver werdenden Zusammenarbeit im Rahmen der Kooperationsinitiative der nordischen Staaten (NORDEFSCO) aus dem Jahr 2009, einschließlich der Zusammenarbeit in Afghanistan, ist NORDEFSCO heute die treibende Kraft hinter der nordischen Verteidigungszusammenarbeit.

Nichtsdestoweniger erachtet Norwegen die *Nordic Battle Group* als wichtigen Teil der Sicherheits- und Verteidigungskooperation der nordischen Staaten. Wir haben 2008 und 2011 Kräfte für die Rotation gestellt – was unserem Militär wertvolle Interoperabilitäts-erfahrungen ermöglichte – und wollen das (vorbehaltlich der politischen Genehmigung) auch 2015 tun. Wir begrüßen auch eine verstärkte Beteiligung baltischer Staaten, die zu Fortschritten in der nordisch-baltischen Dimension beiträgt.

Eine grundlegende Voraussetzung für den Einsatz von Streitkräften ist das Erfordernis, dass er unbeschadet des souveränen Rechts eines jeden Teilnehmers erfolgt, autonom über die Entsendung seiner Streitkräfte zu einem bestimmten Krisenmanagementeinsatz zu entscheiden.

Angesichts dieser wichtigen Bedingung ist es unerlässlich, dass man sich nach Kräften darum bemüht, einen wirkungsvollen Dialog auf politischer Ebene zwischen den teilnehmenden Staaten und mit der EU oder innerhalb der EU über die Erwägungen und Entscheidungsprozesse im Zusammenhang mit der Aktivierung der NBG sicherzustellen.

Wie der Brigadegeneral in seinem Vortrag ausführte, läuft der Prozess für die NBG 2015 bereits. Durch die Teilnahme an mehreren Arbeitsgruppen sind norwegische Offiziere umfassend und intensiv in den Planungsprozess eingebunden. Diese Einbindung in einer Frühphase – unter anderem auch durch die dauerhafte Stationierung norwegischer Offiziere im Streitkräftehauptquartier ab 1. Januar 2014 – erleichtert Verbesserungen sowohl in der Vorbereitungsphase 2014 als auch in der eigentlichen Bereitschaftsphase 2015.

Auf Grund unserer bisherigen Erfahrungen wird sich die für 2015 geplante Beteiligung Norwegens stärker und gezielter auf unseren Hauptbeitrag, die Abstellung eines Sicherungszugs zur Versorgungskompanie des Logistikbataillons, konzentrieren. Darüber

hinaus haben wir in Norwegen den deutlichen Eindruck, dass Schweden als Führungsnation aus früheren Rotationen gewonnene Erfahrungen aktiv umgesetzt hat.

Gestatten Sie mir, Herr Vorsitzender, meine Erklärung mit zwei Fragen an unseren werten Referenten Brigadegeneral Andersson zu beschließen:

- Wo sehen Sie die vielversprechendsten Chancen und Möglichkeiten für eine engere Zusammenarbeit und Verbindung zu UN und NATO?
- Verstehen Sie die *Nordic Battle Group* als eine Art Modell für die Stärkung regionaler Cluster von Mitgliedstaaten, die üblicherweise TSK-gemeinsame Kontingente stellen?

Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal dieser Sitzung.

Danke.

---

**720. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 726, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Herr Vorsitzender,

erlauben Sie mir, in meiner nationalen Eigenschaft den Kommentaren meiner Vorredner über die Unterzeichnung des Waffenhandelsvertrags einige Anmerkungen hinzuzufügen.

Gemeinsam mit einer erheblichen Anzahl anderer Staaten, von denen viele in der OSZE vertreten sind, hat der Parlamentarische Unterstaatssekretär für auswärtige und Commonwealth-Angelegenheiten des Vereinigten Königreichs, der Abgeordnete Alistair Burt, bei dem Festakt am 3. Juni seine Unterschrift unter den Waffenhandelsvertrag (ATT) gesetzt.

Das Vereinigte Königreich sieht in dem ATT ein außerordentlich wichtiges Instrument. Wie Premierminister Cameron sagte: „Es ist ein richtungweisendes Übereinkommen, das Leben retten und durch bewaffnete Konflikte auf der ganzen Welt verursachtes unsägliches Leid lindern wird. Es wird die Zahl der illegalen Waffen reduzieren und es Kriminellen und Terroristen, die damit das Leben anderer zerstören wollen, schwerer machen, sie in die Hände zu bekommen.“

Herr Vorsitzender,

das Vereinigte Königreich wird Schritte veranlassen, um den Vertrag rasch zu ratifizieren, und ermutigt andere, dies ebenfalls zu tun, damit der Vertrag so schnell wie möglich in Kraft treten kann. Das Vereinigte Königreich hat bereits 350.000 GBP zur Unterstützung der Umsetzung des Vertrags bereitgestellt und zieht in Erwägung, einen finanziellen Beitrag zu dem von den UN für diese Aktivität eingerichteten Fonds zu leisten.

Die OSZE hat viele wirksame Verpflichtungen zum Thema SALW und konventionelle Waffen verabschiedet, doch ist das kein Grund zur Selbstzufriedenheit; wir sollten uns in unserer gemeinsamen Arbeit zur Verbesserung der Sicherheit, zur Rettung von Leben, zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung, zur Verhinderung schwerer Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts und in Unterstützung der Bekämpfung

des Terrorismus und der Kriminalität vor Augen halten, welche überwältigende Unterstützung dieser weltweite Vertrag gefunden hat.

Wir hoffen, dass die Teilnehmerstaaten, die dies noch nicht getan haben, in naher Zukunft in der Lage sein werden, diesen Vertrag zu unterzeichnen.

Herr Vorsitzender, ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal der Sitzung.

**720. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 726, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS**

Herr Vorsitzender,

die Zeichnung des internationalen Vertrags über den Waffenhandel am Montag in New York markiert einen wichtigen Fortschritt für Frieden und Sicherheit.

Außenminister Guido Westerwelle hat für Deutschland den Waffenhandelsvertrag unterzeichnet und dabei verdeutlicht, welche Bedeutung die Bundesregierung diesem Vertragswerk zumisst. Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung haben für die Bundesregierung eine besondere Priorität.

Konventionelle Waffen sind heute an vielen Orten der Erde Ursache wie auch Mittel gewaltsamer Auseinandersetzungen. Gerade deshalb verdient die konventionelle Rüstungskontrolle besondere Aufmerksamkeit. Die Kontrolle konventioneller Waffen ist ein zentrales Element einer präventiven Sicherheitspolitik.

Deutschland hat sich nachdrücklich für einen starken und wirksamen Vertrag über den Waffenhandel eingesetzt. Wir sind auf das jetzt ausgehandelte Ergebnis stolz. Der Vertrag schafft rechtlich bindende einheitliche Mindeststandards für den Waffenhandel und bezieht neben den wichtigsten Großwaffensystemen auch Kleinwaffen und leichte Waffen und Munition ein. Er stellt richtigerweise das Kriegsvölkerrecht und die Menschenrechte in den Mittelpunkt.

Herr Vorsitzender,

mit Hilfe des Waffenhandelsvertrages stärken wir Transparenz wie auch Rechenschaftspflicht. Der Vertrag kann Leben retten, menschliches Leiden mindern und die Welt sicherer machen. Dies wird jedoch nur dann gelingen, wenn er wirksam umgesetzt wird.

Jetzt geht es zunächst darum, den Vertrag schnellstens in Kraft zu setzen. Die Bundesregierung ist entschlossen, die nationale Ratifizierung dieses Vertragswerkes bis zum Ende dieses Sommers abzuschließen. Ein Entwurf des Ratifizierungsgesetzes wurde bereits dem Bundestag zugeleitet.



Herr Vorsitzender,

im Rahmen der OSZE hat die konventionelle Rüstungskontrolle stets eine zentrale Rolle gespielt. Jetzt kann die OSZE dazu beitragen, den internationalen Waffenhandelsvertrag schnellstmöglich zu universalisieren und umzusetzen. Die Implementierung des Vertragswerkes stellt hohe Anforderungen. Gerade hier im Forum für Sicherheitskooperation sollten wir deshalb einen Prozess des Austausches und der gegenseitigen Unterstützung zur Inkraftsetzung und Implementierung des Vertrages aufnehmen. In einem ersten Schritt könnte mit einer gemeinsamen Erklärung aller zur Unterzeichnung und Inkraftsetzung des Vertrages ein wichtiges Signal gesetzt werden. Hier könnte die OSZE als regionale Abmachung nach Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen eine wichtige Vorreiterrolle spielen. Darüber hinaus bietet das FSK ein Forum für den Austausch zu und die Festlegung von gemeinsamen Maßnahmen zur effektiven Umsetzung des Vertragswerkes. Bereits mit Verabschiedung der Prinzipien für den Transfer konventioneller Waffen in den 90-er Jahren, hat die OSZE eine Vorreiterrolle in dem Eintreten für eine restriktive Waffenexportpolitik eingenommen. Hieran anknüpfend sollten wir jetzt auf der Grundlage des neuen internationalen Waffenhandelsvertrages den Dialog hierzu im Forum wiederbeleben.

Ich bitte, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

---

**720. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 726, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION NORWEGENS**

Herr Vorsitzender,

Norwegen unterzeichnete am Montag, den 3. Juni, den Waffenhandelsvertrag der Vereinten Nationen.

Gemeinsam mit Vertretern einiger anderer Länder setzte Staatssekretär Gry Larsen im Zuge des Festakts zur Unterzeichnung am Sitz der Vereinten Nationen in New York im Namen Norwegens seine Unterschrift unter den Vertrag.

Norwegen hat systematisch auf einen solchen Vertrag hingearbeitet. Jetzt ist es von entscheidender Wichtigkeit, dass möglichst viele Länder den Vertrag unterzeichnen und ratifizieren, damit er so rasch wie möglich in Kraft tritt. Norwegen legt allen OSZE-Teilnehmerstaaten nahe, ihn unverzüglich zu unterzeichnen und zu ratifizieren.

In einer am Montag herausgegebenen Presseerklärung bezeichnete der norwegische Außenminister Espen Barth Eide den Waffenhandelsvertrag als wichtigen Schritt in die richtige Richtung, um die bewaffnete Gewalt und durch den illegalen und verantwortungslosen Waffenhandel verursachte schwere menschliche Leid zu verringern.

Herr Vorsitzender,

der Waffenhandelsvertrag umfasst ein breites Spektrum konventioneller Waffen, einschließlich von Munition und Teilen und Komponenten konventioneller Waffen. Er enthält auch wichtige Verbote und Kriterien zu Ausfuhrgenehmigungen, Verletzungen des humanitären Völkerrechts, internationalen Menschenrechten, organisierter Kriminalität, Terrorismus in den Einfuhrstaaten und geschlechtsbezogener Gewalt.

Daher wird sich Norwegen für eine wirksame Umsetzung des Waffenhandelsvertrags einsetzen und sich darum bemühen, dass die humanitären Aspekte des Waffenhandels einen Schwerpunkt bilden. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass der Vertrag weltweit Anerkennung findet und einen neuen internationalen Standard setzt. In den kommenden Jahren werden wir danach trachten, den Vertrag sowohl in konkreten Bereichen als auch

durch seine Aktualisierung nach Maßgabe der technischen Entwicklungen im Waffenbereich zu stärken.

Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal dieser Sitzung.

Danke.

---

**720. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 726, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION SPANIENS**

Herr Vorsitzender,

die spanische Delegation schließt sich den Ausführungen des Vertreters der Europäischen Union zur Unterzeichnung des Vertrags über den Waffenhandel an. In meiner Eigenschaft als Vertreter Spaniens möchte ich folgende Erklärung hinzufügen.

In ihrer Mitteilung vom 2. April dieses Jahres anlässlich der Verabschiedung des Vertrags über den Waffenhandel in New York brachte die Regierung Spaniens ihre Genugtuung über dessen Annahme durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Ausdruck. Dieser Beschluss ist der erfolgreiche Abschluss eines mehrjährigen Verhandlungsprozesses und der kollektiven Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft um einen Vertrag, der die internationale Sicherheit stärkt und dabei gleichzeitig den erlaubten Waffenhandel berücksichtigt.

Der von den Vereinten Nationen verabschiedete Vertrag schafft auf der Grundlage internationaler Regeln einen weltweit Standard für den internationalen Handel mit konventionellen Waffen, der von den nationalen Behörden der Vertragsstaaten anzuwenden ist, um den illegalen Handel mit konventionellen Waffen zu verhindern und zu unterbinden und um deren Einsatz zu illegalen Zwecken, darunter zur Verletzung der Menschenrechte, zu vermeiden.

In der Überzeugung, dass dieser Vertrag ein grundlegendes Instrument zur Verstärkung der internationalen Sicherheit, der Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der Achtung der Menschenrechte darstellt, war Spanien in Abstimmung mit den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union von Anfang an eine treibende Kraft in diesem Prozess. Wir konnten dabei auf die Unterstützung der Zivilgesellschaft, nichtstaatlicher Organisationen, der politischen Parteien und der autonomen regionalen und lokalen Gebietskörperschaften zählen.

Herr Vorsitzender,

die spanische Delegation möchte dieses Forum davon unterrichten, dass der Minister für Industrie, Energie und Tourismus, José Manuel Soria López, anlässlich des Festakts am

Sitz der Vereinten Nationen in New York am 3. Juni den Vertrag über den Waffenhandel namens der spanischen Regierung unterzeichnet hat.

Das derzeitige spanische System ist eines der weltweit strengsten. Sein Anwendungsbereich umfasst – im Gegensatz zum Vertrag mit seinen 8 Kategorien – 22 Kategorien von Rüstungsgütern und enthält Bestimmungen zu Munition sowie Mechanismen für den Informationsaustausch im Rahmen der Europäischen Union und internationaler Gremien für Nichtverbreitung.

Das spanische System zur Kontrolle der Ausfuhr von Rüstungsgütern erfüllt bereits jetzt die Bestimmungen des Waffenhandelsvertrags.

Im Interesse des Schutzes der Menschenrechte und der Achtung des humanitären Völkerrechts wird Spanien bis zum Inkrafttreten des Vertrags dessen Artikel 6 und 7 auf vorläufiger Basis anwenden.

Herr Vorsitzender,

Spanien möchte den OSZE-Teilnehmerstaaten, die das bisher noch nicht getan haben, dringend nahelegen, den Vertrag über den Waffenhandel so bald wie möglich zu unterzeichnen und zu ratifizieren.

Herr, Vorsitzender, ich ersuche Sie um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.

---

**720. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 726, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION RUMÄNIENS**

Herr Vorsitzender,

Rumänien schließt sich der Erklärung der EU-Delegation zum Waffenhandelsvertrag vollinhaltlich an. Als Vertreter Rumäniens möchte ich dem noch ein paar Gedanken hinzufügen.

Am 3. Juni 2013 hat Rumänien den Waffenhandelsvertrag (ATT) unterzeichnet. Aus diesem Anlass erklärte der Minister für auswärtige Angelegenheiten Rumäniens, Titus Corlăţan: „Die Unterzeichnung des ATT wird dazu führen, dass Staaten, die Waffenhandel betreiben, stärker in die Pflicht genommen werden, wird zur Eindämmung des illegalen Handels beitragen und für ein angemessenes Niveau an Transparenz sorgen. Der ATT wird die Auswirkungen illegaler Waffen auf die Zivilbevölkerung und das Risiko verringern, dass geltende internationale Waffenembargos nicht eingehalten werden.“

Rumänien, das seit 1992 strenge Waffenhandelskontrollen durchführt, wird den ATT im Hinblick auf seine Universalisierung zügig ratifizieren.

Im Einklang mit den Vorschlägen Deutschlands, Frankreichs und anderer Teilnehmerstaaten sind auch wir der Auffassung, dass die OSZE die Auflegung des ATT zur Unterzeichnung in Erwägung ziehen und diese Entwicklung in ihren Verfahren und Dokumenten berücksichtigen sollte.

Herr Vorsitzender,

ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal der heutigen Sitzung.

---

**720. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 726, Punkt 2 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

auf Grundlage der vom Verteidigungsministerium der Russischen Föderation erhaltenen Informationen und als Zeichen unseres guten Willens möchte unsere Delegation unsere werten Kollegen in bewährter Weise über die routinemäßigen Aktivitäten der russischen Streitkräfte informieren.

Am 1. Juni begann die Sommerausbildungsperiode für die Einheiten und Teileinheiten der Truppen. Das Ziel dieser Ausbildungsperiode ist die weitere Verbesserung der Gefechtsausbildung der Soldaten und der Fähigkeit der militärischen Kommandostrukturen auf allen Ebenen, Formationen und Truppenteilen, an jedem Ort innerhalb der Russischen Föderation zu operieren, um die nationale Sicherheit zu gewährleisten.

In der vergangenen Winterperiode wurde die Gefechtsausbildung mit wesentlich höherer Intensität betrieben. Die Streitkräfte führten rund 10 000 Gefechtsausbildungsübungen durch, von denen 170 Großübungen waren, darunter auch Kommandostabsübungen und spezielle taktische Übungen im scharfen Schuss.

Die Gefechtsausbildungsperiode stand zugleich auch unter dem Zeichen eines beträchtlichen Umdenkens im Herangehen an die Truppenausbildung. Hauptmerkmal waren dabei unangekündigte Inspektionen, die der Bewertung der Gefechtsbereitschaft der Einheiten und Teileinheiten der Truppen in einigen Militärbezirken, der Luftwaffe, der Marine, der Luftlandkräfte und der Luftraumverteidigungskräfte dienten. Sie wurden unter dem Kommando des Oberbefehlshabers der Streitkräfte der Russischen Föderation, des Verteidigungsministers der Russischen Föderation und des Chefs des Generalstabes sowie des Ersten stellvertretenden Verteidigungsministers durchgeführt. Die Inspektionen ermöglichten die Gewinnung eines objektiven Bildes vom Zustand der Truppen (Kräfte) und deren Fähigkeit, auftragsgemäß zu handeln.

Das Treffen des Kollegiums des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation am 30. Mai 2013 gab der Entwicklung des Gefechtsausbildungssystems der russischen Streitkräfte einen neuen Impuls.

Zu diesem Zweck wurden auf Befehl des Verteidigungsministers der Russischen Föderation die Entscheidungen des Oberkommandos der Truppengattungen und der Militärbezirke sowie die der Kommandierenden der Teilstreitkräfte bezüglich der Organisation der Gefechtsausbildungen während der Sommerperiode erörtert.

Im Bereich der Ausbildung der Truppen (Kräfte) wird ein besonderes Augenmerk auf der Organisation teilstreitkraftübergreifender Ausbildung und der Entwicklung eines echten Zusammenwirkens auf dem Gefechtsfeld zwischen Formationen und Truppenteilen der Land-, Luft- und Seestreitkräfte liegen. Zu diesem Zweck ist geplant, während der Sommerausbildungsperiode rund 500 Übungen auf verschiedenen Ebenen durchzuführen, von denen 40 Prozent teilstreitkraftübergreifend sein werden. Bis Jahresende sind rund 20 internationale Übungen unter Beteiligung von Teileinheiten der Landstreitkräfte, der Luftwaffe, der Marine, der Luftlandkräfte und der Luftraumverteidigungskräfte geplant. Höhepunkt der Gefechtsausbildung wird die Abhaltung einer gemeinsamen strategischen Übung der Streitkräfte der Russischen Föderation mit der Republik Belarus unter der Bezeichnung „Westen 2013“ im September sein.

Es gibt Pläne, die Ausbildungseinrichtungen auf den Truppenübungsplätzen weiterzuentwickeln und zu neuen Formen und Methoden für die Ausbildung von Kommandeuren und ihren Truppen an den Gefechtsausbildungszentren zu wechseln, die geschaffen wurden, um eine neue Ausrüstungsgeneration für die Ausbildung zu nutzen.

Die Konzepte für die Ausbildung des Führernachwuchses und der Spezialisten in den Truppeneinrichtungen wurden geändert, die Programme für deren Ausbildung auf neuesten Stand gebracht und die Ausbildungsdauer auf vier Monate verlängert.

Um neue Wege innerhalb der bestehenden Organisationsform zu beschreiten, wird die Durchführung von TSK-übergreifenden Wettkämpfen zwischen Verbänden der Militärbezirke, der Abteilungen und Dienste, um das beste Team, die beste Gruppe, den besten Zug, die beste Kompanie oder das beste Bataillon zu ermitteln, eine Möglichkeit sein, um die Kampffähigkeit, die Gefechtsausbildung und den Wunsch der Kommandeure anzuspornen, höchsten Ansprüchen zu genügen.

Ganz allgemein gesagt, wird die Sommerausbildungsperiode in vielerlei Hinsicht Neues bringen und der Weiterentwicklung und Verbesserung der Ausbildung der Streitkräfte der Russischen Föderation dienen.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal der heutigen Sitzung.